

„Blick zurück nach vorn: Die SPD vor Hamburg.“

An diesem Wochenende wird die Sozialdemokratie auf ihrem Bundesparteitag in Hamburg zentrale Fragen diskutieren. Antworten über den Tag hinaus zu geben ist Aufgabe des neuen Grundsatzprogramms, eine Verständigung auf grundlegende politische Wertanschauungen. Vier Fragen werden im Rahmen von Leitanträgen herausgegriffen, eine vorausschauende Friedenspolitik, eine Kultur der Zukunft, eine Weg in die ökologische Ökonomie und „Gute Arbeit“.

Viele Fragen, viele Schlagworte, viele Erklärungen, viele Ansätze für praktische Politik – aber nicht notwendigerweise schon ein zentrales Ziel der SPD und für die SPD. Aktuelle tagespolitische Themen wie das Arbeitslosengeld I, die Rente mit 67, die allgemeine Wehrpflicht, das Mandat in Afghanistan und die Teilprivatisierung der Deutschen Bahn AG werden die zentrale Botschaft überlagern, welche Aufgabe die SPD für die Menschen in Deutschland hat.

Zunächst: Die SPD wird gebraucht. Sie will durch Regierungsverantwortung politisch gestalten und wirken. Aber wozu?

Ein Rückblick gibt dazu einen sinnvollen und richtigen Ausblick: Die SPD war und ist die einzige Partei in Deutschland, die sich der Frage des **sozialen Aufstiegs** von Menschen immer und ernsthafter angenommen hat als alle anderen. Sie war damit ihrer Zeit voraus.

Das **Erfurter Programm** von 1891 bringt dies ebenso auf den Punkt wie das **Heidelberger Programm** von 1925: Die SPD kämpfte für gleiche Rechte und Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Eine allgemeine Volksfürsorge sollte heilende und vorsorgende Maßnahmen auf den Gebieten der Erziehungs-, Gesundheits- und Wirtschaftsfürsorge sicherstellen. Das **Godesberger Programm** fordert stetiges Wachstum und eine gerechte Beteiligung aller am Ertrag der Volkswirtschaft, ein Leben in Freiheit ohne unwürdige Abhängigkeit und ohne Ausbeutung. Der Sozialstaat hat die eigenverantwortliche Selbstbestimmung zu ermöglichen und die Entwicklung einer freiheitlichen Gesellschaft zu fördern. Das überarbeitete Berliner Programm wird als „Hamburger Programm“ dazu ebenfalls eine Aussage treffen.

Der Auftrag zur Gewährleistung des sozialen Aufstiegs für alle ist also tief verwurzelt in der Tradition der Arbeiterbewegung. Im Laufe der Zeit erfuhr er unterschiedliche Ausprägungen: in Zeiten der Industrialisierung stand die Stärkung der Arbeiterrechte im Vordergrund, in den fünfziger und sechziger Jahren demokratische Teilhabe und Emanzipation, immer aber der Zugang zu Bildung, Ausbildung, Weiterbildung und Qualifizierung – als Chance, mit eigener Leistung ein eigenverantwortliches Leben führen zu können, sich über Bildung zu emanzipieren und am demokratischen Leben teilhaben zu können. Welche Wandlungen der Begriff des sozialen Aufstiegs über die Zeit auch erfahren hat, er war also stets an eigene Leistung gekoppelt. Sie sollte Grundlage für die Emanzipation sein – kein Kapital, kein Adel, keine Abstammung.

Der programmatische Begriff der Freiheit, betrachtet unter dem Leitmotiv des sozialen Aufstiegs, meint damit alles andere als etatistische Entmündigung von Eigenverantwortung

durch schlichte Versorgung, als materielle Fixierung von Solidarität, die in Ausgrenzung mündet. Keines der Programme forderte eine Volksküche, aber alle Programme forderten, den Bürgern das Kochen beizubringen.

Dies steht heute – vielleicht aktueller denn je – im Gegensatz zu den Kernpunkten einer christlichen Soziallehre. Diese fordert und begreift nur die Verteilung von Almosen und einer Grundversorgung unter dem Gedanken der Nächstenliebe - aber niemals den sozialen Aufstieg, die Emanzipation und die Teilhabe am demokratischen und kulturellen Leben sowie die Freiheit vor Angst und Not. So sozialdemokratisch sich die CDU Angela Merkels auch gebärden wird, die Frage des sozialen Aufstiegs wird sie nicht beantworten, weil sie den sozialen Aufstieg für alle Menschen gleich ihrer Herkunft und materiellen Ausstattung nicht will. Ähnliches gilt für die neue „Linkspartei“. Sie nutzt den Gegensatz zwischen arm und reich, um als demagogische Botschaft jedem eine gute Versorgung auf Kosten der Allgemeinheit zu versprechen – also nichts anderes als dauerhafte Abhängigkeit vom Staat. Den sozialen Aufstieg von Menschen, deren Emanzipation aufgrund eigener Leistungen will sie nicht.

Im Kern der politischen Auseinandersetzung steht deshalb für die SPD die Frage, wie wir sozialen Aufstieg künftig *sicherstellen* und *organisieren* wollen.

Das zentrale Element des Freiheits-, aber auch des Solidaritätsbegriffs hat die SPD heute nicht mehr so klar vor Augen wie in vergangenen Jahren: Die Befreiung der Menschen von Abhängigkeiten. Wir können den sozialen Aufstieg für alle also nicht organisieren, indem wir zentrale Elemente des Sozialstaates bewusst in ihr finanzielles Ende laufen lassen. Die Reformen, die die SPD unter Kanzler Gerhard Schröder angestoßen hat, waren richtig. Die Agenda 2010 ist beschlossen, sie ist in Kraft, sie hatte Erfolg. Sie war aber nicht alternativlos. Die Alternative war, „alles beim Alten“ zu belassen - das bot jedoch nicht die notwendige Solidität, die sozialen Sicherungssysteme zu erhalten und zukunftsfest zu machen und zugleich einen handlungsfähigen Staat zu gewährleisten, der Sozialpolitik nicht auf Pump finanziert, bis er ausgepumpt ist.

Die Antwort muss also eine andere sein, und zwar rasch, denn die Regierungsbeteiligung gibt uns die Möglichkeit, den sozialen Aufstieg durch konkretes Regierungshandeln auch wirklich zu organisieren. Daher müssen wir in Hamburg den Blick nach vorne richten und Elemente dieses zentralen Auftrags identifizieren.

Wichtigstes Element ist und bleibt Bildung und Weiterbildung. Sie muss kostenfrei für alle gleichermaßen zugänglich sein und lebenslang zur Verfügung stehen. Sie muss unabhängig von sozialer Herkunft sein und alle erreichen, vor allem die Kinder und Jugendliche. Denn wo Kinder in Not sind, sind sie dies immer ohne eigenes Verschulden. Wir brauchen eine zweite, nachholende Bildungsoffensive – nicht, weil die erste falsch war, sondern weil sie die gewünschten Ergebnisse noch nicht im erforderlichen Umfang erreicht hat. Aber wir werden diese Offensive nicht durch Geldzahlungen an Eltern und Alleinerziehende zum Erfolg führen können. Zielgerichtete Förderung von Kindern erreicht man durch kostenlose Kinderkrippen und Kindergärten, ein ordentliches kostenloses Frühstück und Mittagessen, kostenloses Schulmaterial. Aufgabe des Staates ist, hier bleibt die SPD etatistisch, allen Kindern und Jugendlichen zu helfen, egal, zu welcher gesellschaftlichen Schicht sie gehören – besonders aber denen aus bildungsfernen Schichten.

Zweites Element ist, Wirtschaft, Unternehmen und Arbeitsmarkt trotz und gerade in Zeiten der Globalisierung auf bestimmte Rahmenregelungen zu verpflichten und Mindeststandards festzusetzen. Dabei zentral ist die Einführung eines allgemeinen Mindestlohns. Löhne, die –

pathetisch gesprochen – der wirtschaftlichen Ausbeutung zu Zeiten des Erfurter Programms sehr nahe kommen, ermöglichen keine Wahlfreiheit. Kündigungsschutz, soziale Absicherung durch leistungsfähige und zukunftssichere Sozialversicherungssysteme und starke Gewerkschaften kommen hinzu.

Drittes Element ist die Förderung von Wachstum und Wohlstand. Dabei ist die Wirtschaft Partner, nicht Gegner. Wachstum und Wohlstand werden im Übrigen nur funktionieren, wenn sie auf eine solidarische Gesellschaft treffen – und umgekehrt. Wenn, wie heute, 10 Prozent der Steuerpflichtigen ca. 50 Prozent des gesamten staatlichen Steueraufkommens erwirtschaften haben wir auf der Einnahmehasis kein Gerechtigkeitsproblem. Wir diskutieren aber zu Recht, wem wirtschaftlicher Erfolg zugute kommen soll. Denn sozialer Aufstieg wird immer auch an wirtschaftlichen Erfolg gekoppelt sein. Die Kanzler Brandt, Schmidt und Schröder wußten das. Zahlreiche Systeme, die sich sozialistisch nannten oder kommunistisch waren, scheiterten an dieser Realität.

Das vierte, vielleicht das wichtigste Element ist Mut zur Wahrheit. Die Popularität eines Rocksängers wird der eines Predigers immer überlegen bleiben. Auftrag der Politik ist aber nicht, zu unterhalten. Dies können wir getrost den Medien überlassen. Unsere Aufgabe ist, das hat Ferdinand Lassalle schon vor 150 Jahren gewusst, auszusprechen, was ist, um in einem zweiten Schritt Lösungsvorschläge anzubieten.

Diese Elemente hat die SPD in Regierungsverantwortung begonnen zu organisieren. Unstreitig haben wir beeindruckende Ergebnisse erreicht. Ebenso legitim ist, aufgrund einer Bilanz über den weiteren Kurs zu diskutieren. Aber in gleicher Weise: im Lichte unserer Grundsätze. Daher lautet die Frage: Welche Maßnahmen brauchen wir, um allen Menschen einen sozialen Aufstieg zu ermöglichen, eigene Leistung zu würdigen und zu unterstützen, und wo nötig auch einzufordern? Um Emanzipation ebenso zu unterstützen wie Teilnahme und Teilhabe an der demokratischen und kulturellen Gesellschaft? Will die SPD die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik erreichen und nicht nur die eigenen Mitglieder, braucht sie eine solche Botschaft über Hamburg hinaus.